

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
190 · Ausgabe BL·BS · September 2020



Überfällige Erhöhung der Plätze im Frauenhaus beider Basel

DAS FRAUENHAUS BEIDER BASEL SOLLTE SCHUTZ FÜR ALLE FRAUEN BIETEN, DIE DIESEN IN ANSPRUCH NEHMEN MÜSSEN. NUN WURDE EINE AUFSTOCKUNG ANGEKÜNDIGT. DAS IST EIN WICHTIGER SCHRITT AUF DEM NOCH LANGEN WEG ZU EINER GESELLSCHAFT, DIE FRAUEN VOR HÄUSLICHER GEWALT WIRKSAM SCHÜTZT.

Gewalt an Frauen geschieht überall – jeden Tag, in jedem Land, in allen gesellschaftlichen Schichten, so auch in der Schweiz und in den beiden Basel. Häusliche Gewalt ist ein Problem, dem wir als Gesellschaft unbedingt entschieden entgegenzutreten müssen, um den betroffenen Frauen adäquaten Schutz und Beratung bieten zu können. Im 1981 eröffneten Frauenhaus beider Basel existiert ein solches Angebot. Es ist die wichtigste Institution der Region für gewaltbetroffene Frauen und Kinder, die es den Frauen ermöglicht, sich in einem sicheren und gewaltfreien Umfeld mit ihrer Situation auseinanderzusetzen.

Richtlinien der Istanbul-Konvention

Die Istanbul-Konvention ist ein Übereinkommen zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen, das sowohl die Schweiz als auch Baselland und Basel-Stadt 2017 ratifiziert haben. Die basel-städtische Regierung hat in der laufenden Legislatur die Bekämpfung von Gewalt an Frauen

als besonderen Fokus definiert. Und auch in Baselland hat SP-Justizdirektorin Kathrin Schweizer sich dem Thema angenommen.

Nach den Grundsätzen der Istanbul-Konvention hat es viel zu wenig Plätze in unserer Region. In den beiden Basel müsste es danach 48 statt der aktuellen 24 Plätze für Mütter und Kinder geben. So kam es in der Vergangenheit leider dazu, dass Frauen aus Platzmangel abgewiesen werden mussten. Im Juli 2020 kam es gar zu einem vollständigen Aufnahmestopp. Die Auslastung des Frauenhauses unterliegt stets gewissen Schwankungen, auch da es eine grosse Dunkelziffer an Fällen gibt und nicht alle Betroffenen in der Lage sind, sich Hilfe zu holen oder Schutz zu suchen.

Verschärfte Situation im Lockdown

Im Rahmen der Covid-19-Pandemie kam es zu noch mehr Fällen häuslicher Gewalt. Grund waren der Lockdown und die Restriktionen, welche dazu führten, dass viele



Miriam Locher, Landrätin



Nicole Amacher, Grossrätin

Frauen zusammen mit ihren Peinigern «eingesperrt» waren. In dieser Zeit haben die Regierungen beider Basel, auch auf Druck einer Interpellation und der Fachstellen, rechtzeitig reagiert und die Finanzierung für zusätzliche temporäre Schutzplätze für sechs Monate sichergestellt. So konnte der Aufnahmestopp im Frauenhaus im Juli 2020 wenigstens kurzfristig aufgefangen werden.

Ein wichtiger, aber nicht der letzte Schritt

Seit 2017 wurden in Land- und Grosse Rat unter anderem von uns Vorstösse zur Umsetzung der Istanbul-Konvention und zu Gewalt an Frauen im Allgemeinen eingereicht. Anfang September wurde nun endlich bekannt, dass die beiden Kantone die Anzahl der Plätze im Frauenhaus permanent von 17 auf 40 aufstocken wollen.

Dieser Entscheid – er muss in Basel-Stadt noch vom Parlament gutgeheissen werden – ist wichtig für die gewaltbetroffenen Frauen und Kinder und ein weiterer Schritt auf einem langen Weg in Richtung gelebter Gleichstellung. Allein damit ist es jedoch nicht getan. Essenziell ist und bleibt ein zusätzlicher Ausbau der Prävention von Gewalt.

Neustart 2020: Die Umsetzung programms hängt vom Wahle

DIE CORONA-PANDEMIE HAT UNSERE GESELLSCHAFT VOR UNGEHAHTE HERAUSFORDERUNGEN GESTELLT – UND BEEINFLUSST UNSER LEBEN NACH WIE VOR. WIR SIND BEEINDRUCKT VON DER GROSSEN SOLIDARITÄT, WELCHE UNSERE MITBÜRGER*INNEN BEWIESEN HABEN. DIE VERGANGENEN MONATE HABEN ALLERDINGS AUCH GEZEIGT, AUF WELCH FRAGILEN BEIENEN UNSERE WIRTSCHAFT STEHT. EIN IMPULSPROGRAMM SOLL AUF KANTONALER EBENE EINE WIRTSCHAFTLICHE BLOCKADE VERHINDERN.

Die Corona-Krise hat auch in der Schweiz zu einer Rezession und in Basel-Stadt zu höherer Arbeitslosigkeit geführt. Die Wirtschaft braucht nun staatliche Impulse, um sich langfristig nachhaltig entwickeln zu können. Kurzfristig wurde eine Vielzahl von wichtigen und guten Massnahmen zur Abfederung der negativen Folgen getroffen, wie zum Beispiel die Ausweitung der Kurzarbeit, die Vergabe von Krediten, Entlastungen bei Mietzinsen etc. Trotzdem ist ein zusätzliches Engagement nötig. Sonst könnte der wirtschaftliche Schock eine Normalisierung dauerhaft blockieren, was gravierende Folgen für die gesamte Gesellschaft nach sich zöge.

Die Gefahr einer langanhaltenden Wirtschaftskrise abzuwenden, muss das Ziel auf allen politischen Ebenen sein. Die SP Basel-Stadt hat deshalb das kantonale Impulsprogramm «Neustart 2020» lanciert. Dieses sieht Investitionen in vier Feldern vor.

Der Digitalisierung Rechnung tragen

Erstens müssen die Wirtschaft und die öffentliche Hand auf die digitale Realität reagieren. Dank modernster Produktionstechnologien ist die Industrie 4.0 in steter Veränderung. Dies gilt auch für den Dienstleistungsbereich. Es ist dringend notwendig, dass die öffentliche Hand ihre Dienstleistungen in die digitale Welt integriert und die Wirtschafts-



Thomas Gander,
Fraktionspräsident

förderung auf diese Transformationen vorbereitet wird.

Bessere Bedingungen für Betreuungs-Fachpersonen

Zweitens ist der Mangel an Fachkräften sowohl in der Kranken- und Altenpflege als auch bei der Kinderbetreuung sehr deutlich geworden. Die Arbeitsbedingungen in diesen Bereichen sind nicht nachhaltig und wenig attraktiv für Nachwuchskräfte. Dies gilt auch für

die persönliche Lebensplanung der Arbeitnehmer*innen, was häufig dazu führt, dass der Beruf aufgegeben wird. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, müssen die Anstellungsbedingungen und Löhne, als Anreize für die Berufswahl, deutlich verbessert werden.

Bildung stärken

Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten stärken drittens die Menschen auf dem Arbeitsmarkt und geben ihnen, beispielsweise nach einer Kündigung aufgrund der bevorstehenden Rezession, eine neue Perspektive. Es ist deshalb wichtig, dass Basel-Stadt künftig die aktuellen Bildungs- und Weiterbildungsangebote stärkt. Zusätzlich sind die

Ein sozialer,
moderner
und offener
Kanton ist
~~nicht~~
möglich.

Nur mit Ihrer Stimme.

AGENDA SP BS

- Samstag, 17. Oktober 2020
Parteitag der SP Schweiz in Basel
- Sonntag, 25. Oktober 2020
Kantonale Wahlen in Basel-Stadt
- Dienstag, 27. Oktober 2020
Jahres-Delegiertenversammlung SP Basel-Stadt
und Entscheid über 2. Wahlgang

ng unseres Impuls- ergebnis ab

Investitionen in die weiterführende schulische und fachlich-technische Ausbildung sowie in die duale Bildung unumgänglich.

Klima- und Energiepolitik

Der vierte Bereich betrifft das Klima und die Energiepolitik. Die kantonale Strom- und Energieproduktion, die Förderung von emissionsarmer oder -freier Mobilität und der von der öffentlichen Hand subventionierte Verzicht auf fossile Energie sind wichtig, um der Klimakrise entgegenzutreten.

Der Neustart 2020 in Basel-Stadt ist für die langfristige Attraktivität des Stadtkantons als Zuhause für Familien und für Menschen mit ganz unterschiedlichen Lebens-

entwürfen, aber auch als Standort für Unternehmen unterschiedlicher Grösse sehr wichtig.

Um dieses Impulsprogramm zu konkretisieren, wurden Anfang September vier Vorstösse im Grossen Rat eingereicht. Um soziale und nachhaltige Strategien für den langfristigen Umgang mit den Folgen der Corona-Pandemie wie den Neustart 2020 weiter voranzutreiben, braucht es am 25. Oktober 2020 eine links-grüne Mehrheit im Grossen Rat mit einer starken SP-Fraktion. Von zentraler Bedeutung ist auch die rot-grüne Mehrheit im Regierungsrat. Diese Wahl ist eine Richtungswahl und stellt Weichen für die Zukunft. Nur gemeinsam sind wir stark.



MACH MIT IM WAHLKAMPF!

In der Woche 40 (ab 28. September) erhalten die Stimmberechtigten die Wahlunterlagen für den 25. Oktober 2020. Es wird wieder um jede einzelne Stimme gehen. Diese Dinge kannst du jetzt noch tun:

- Plakat am Balkon aufhängen
- Postkarte an deine Freund*innen schreiben
- Testimonial in den Sozialen Medien, die du nutzt, verbreiten

Melde dich dazu beim Seki: sekretariat@sp-bs.ch oder 061 685 90 20

Besonders effizient und effektiv ist es, telefonisch mit möglichst vielen Wähler*innen in ganz Basel zu sprechen. Deshalb haben wir viele Termine, an denen du mitwirken kannst:

- Samstag, 3. Oktober, 10. Oktober und 17. Oktober jeweils von 10 bis 17 Uhr an Standorten in Grossebasel, Kleinbasel und Riehen
- 5.–22. Oktober von Montag bis Donnerstag jeweils von 16.30 bis 20.30 Uhr im Gewerkschaftshaus

Melde dich hier an: [sp-bs.ch/wahlsieg2020](https://www.sp-bs.ch/wahlsieg2020)

Herzlichen Dank für dein Engagement. Nur gemeinsam können wir diese Wahlen gewinnen!



Pascal Pfister,
Präsident
SP Basel-Stadt

Gutes stärken, Neues bewegen!

Die rot-grüne Regierungsmehrheit hat in den letzten 16 Jahren eine positive Entwicklung des Stadtkantons ermöglicht. Um diese Entwicklung zu stärken und Neues zu bewegen, brauchen wir unsere vier Kandidierenden in der Regierung. Nur das Viererticket garantiert solide Finanzen, Klimaschutz und bezahlbares Wohnen.

Basel-Stadt hat in den letzten Jahren stark an Lebensqualität gewonnen. Zu dieser positiven Entwicklung – mit hohen Überschüssen, einer wachsenden Wirtschaft und einem sinkenden CO₂-Ausstoss – hat die rot-grüne Regierungsmehrheit massgeblich beigetragen. Das Team Rot-Grün will die positive Entwicklung weiterführen und gleichzeitig Neues bewegen.

Diese Ziele stehen im Mittelpunkt, damit Basel-Stadt auch während und nach der Corona-Krise stark bleibt:

- Rot-Grün wird weiterhin für eine starke Wirtschaft einstehen, KMUs unterstützen und innovative Wirtschaftszweige und -modelle fördern.
- Ein starkes soziales Netz ist aktuell wichtiger denn je. Dieses soll gepflegt und ausgebaut werden.
- Klimaneutralität muss in der Politik zum Massstab werden, damit die Bevölkerung auch in Zukunft von einer hohen Lebensqualität profitieren kann.

Zentral sind Investitionen in eine nachhaltige Infrastruktur und stadtgerechte Mobilität, in eine soziale und integrative Stadtentwicklung, in ein vielfältiges Kulturangebot und eine fortschrittliche Familienpolitik. Die solide Finanzpolitik des Kantons schafft auch in und nach der Corona-Krise den nötigen Gestaltungsspielraum. Die Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise wird jedoch noch einige Zeit eine anspruchsvolle Aufgabe bleiben. Damit wir die genannten Ziele erreichen können, braucht es die rot-grüne Regierungsmehrheit.

AUS DEM GROSSEN RAT

Gleichstellung endlich auch bei den Steuern umsetzen

Gleichstellung ist eines der fünf Themen, welche im diesjährigen Grossratswahlkampf an erster Stelle stehen. Die SP-Fraktion begleitet den Wahlkampf deswegen mit zwei Vorstosspaketen: eines zu unbezahlter Care-Arbeit und eines zu Gleichstellung und Steuern, welches hier kurz vorgestellt wird.

Das Schweizer Steuerrecht und die Steuerpraxis widerspiegeln überholte, traditionelle Rollenverständnisse und Familienbilder. Sie basieren auf dem Bild, dass die Ehefrau die unbezahlte Haus- und Betreuungsarbeit leistet, und benachteiligt Erwerbsarbeit und Einkommen der Frauen drastisch. Vor kurzem hat Avenir Suisse eine Studie publiziert, die aufzeigt, dass die gemeinsame Veranlagung der Einkommen von Ehepartnern einer der Gründe ist,

wieso die Erwerbsbeteiligung von Frauen in der Schweiz tief ist. Gemeinsam veranlagte Durchschnittsverdienerinnen bezahlen rund 50 Prozent höhere Steuern als alleinstehende. SP-Grossrätin Toya Krummehner hat deswegen einen Antrag auf eine Standesinitiative eingereicht mit dem Ziel, dass auf Bundesebene die Individualbesteuerung endlich umgesetzt wird.

Eine weitere Diskriminierung von Frauen: In Basel-Stadt ist, wie in vielen anderen Schweizer Kantonen, der Ehemann automatisch der Halter des gemeinsamen Steuerdossiers. Diese veraltete Praxis erinnert an das vor über 30 Jahren abgeschaffte Familienrecht, in dem der Mann per Gesetz Oberhaupt der Familie war und über das gemeinsame Einkommen alleine bestimmen



Barbara Heer, Grossrätin

konnte. Meine schriftliche Anfrage im Sommer 2018, wieso dies so ist, hat viele Reaktionen ausgelöst. Ich erhielt viele Zuschriften von Frauen, die diese Diskriminierung unhaltbar fanden, sowie einige von Männern, die das Thema – gelinde gesagt – ins Lächerliche zogen. Mit dem Frauen*streik 2019 ist der gesellschaftliche Druck, Geschlechterdiskriminierung zu beheben, nochmals gestiegen. In anderen Kantonen gibt es mittlerweile sogar Klagen gegen die Steuerverwaltungen wegen Verstosses gegen das Diskriminierungsverbot. Die SP-Fraktion findet, dass dieser Missstand in Basel-Stadt endlich behoben werden muss, weswegen ich dazu einen Anzug eingereicht habe. Wir sind gespannt auf die Debatte zu diesen Vorstössen im Grossen Rat diesen Herbst.

AUS DEM LANDRAT

Armut ist unsichtbar

Oft erscheinen beim Thema extreme Armut und Obdachlosigkeit vor dem inneren Auge Bilder von Menschen, die vor Hauseingängen oder auf Sitzbänken in der Stadt einen windstillen Platz zum Nächtigen gefunden haben, ihr ganzes Hab und Gut bei sich. Bereits in den Städten schaut ein grosser Teil der Bevölkerung weg. Im Kanton Basel-Landschaft mit vielen Gemeinden jeder Grösse, aber keiner grösseren Stadt, ist Obdachlosigkeit und extreme Armut noch weniger sichtbar. Das heisst bekanntlich noch lange nicht, dass wir im Landkanton keine betroffenen Personen haben.

Das Soup & Chill als Vorbild

Was wir aber im Kanton Basel-Landschaft definitiv nicht haben, ist eine Notschlafstelle oder auch eine Wärmestube. Unser Nachbarkanton



Tania Cucè, Landrätin

Basel-Stadt hingegen hat mittlerweile zwei Notschlafstellen, eine für Männer im Wettsteinquartier, eine für Frauen in der Rosentalstrasse. Mit dem Soup & Chill gibt es in Basel auch eine Wärmestube: ein Ort, der Obdachlosen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht und Raum bietet, um sich zu treffen, zu verweilen und sich auszutauschen. Zudem gibt es dort die Möglichkeit, eine warme Mahlzeit zu sich zu nehmen oder Lebensmittel zu beziehen.

Aus den Augen, aus dem Sinn?

Das Angebot in Basel-Stadt steht zwar auch Menschen aus dem Baselbiet offen. Wir sollten uns im Kanton Baselland aber unserer eigenen armutsbetroffenen Bevölkerung bewusst werden, ihr Unterstützung bieten und uns um sie

kümmern, anstatt sie einfach in die Stadt abzuschieben. Das Problem ist vielschichtig und muss gemeinsam mit den Gemeinden angegangen werden.

Es ist an der Zeit, dass der Kanton die Sache in die Hand nimmt und mit den Gemeinden Angebote für Obdachlose und von extremer Armut betroffene Personen erarbeitet. Allenfalls wären hier geografisch gut verteilt mehrere Standorte denkbar. Daher werden wir die Sache im Landrat aufs politische Parkett bringen und verlangen, dass der Kanton Basel-Landschaft sich um Obdachlose und um Menschen, die in unserem System durch alle Mänschen fallen, kümmert. Sie gehören zu unserer Gesellschaft und es ist unsere Pflicht, ihnen einen würdigen Platz in unserer Gesellschaft zu geben.